

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Betriebswasserleitung – Reininghaus Gründe

GR. **Pogner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Pogner**: In meiner Anfrage geht es um eine Betriebswasserleitung auf den Reininghausgründen, nachdem jetzt wieder neu verhandelt wird und nachdem ein neuer Investor da ist. Meine Anfrage, im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage, ob du bei den Verantwortlichen des Petruswerkes beim Erschließen des Areals der „Reininghaus-Gründe“ die Errichtung eines zweiten, getrennten Wassersystems (Betriebswasser) einfordern wirst? Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Zahlen über unser Wasser sind schon sehr beeindruckend, und ich habe sie in meinem Antrag vom Juli 2007 bereits angeführt und nachdem jetzt wieder „Bewegung“ in die Entwicklung der Reininghaus Gründe kommt, möchte ich nochmals meinen Antrag aus dem Jahre 2007 – diesmal als Anfrage – an den Bürgermeister einbringen.

Drei Viertel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Die gesamte Wassermenge beträgt etwa 1,4 Milliarden Kubikkilometer. Davon sind 92,2 % Salzwasser, das Eis der Pole und Gebirge enthält weitere 2,2 %. Das Süßwasser der Flüsse, der Seen und des Grundwassers der Kontinente macht nur 0,6 % der gesamten auf der Erde vorhanden Wassermenge aus. Bei einem erwachsenen Menschen beträgt der tägliche Wasserbedarf etwa 35 g je kg Körpergewicht.

Der durchschnittliche tägliche Trinkwasserverbrauch liegt bei ungefähr 125 Litern pro Person, wobei ein Drittel dieses Tagesbedarfs alleine für die Toilettenspülung gebraucht wird und nur ca. vier Prozent zum Trinken und Kochen.

Schon diese Zahlen belegen, wie kostbar unser Trinkwasser ist und wie wenig sorgsam wir damit umgehen.

Eine Möglichkeit, diese Ressource besser zu nutzen, ist die Schaffung von getrennten Wassersystemen.

Im kommunalen Bereich ist bisher keine vom Trinkwasser getrennte Betriebswasserversorgung vorgesehen. Eine zunehmende Zahl von Privathaushalten nimmt allerdings entsprechende Installationen aus eigener Initiative vor. Heute ist es sinnvoll, bei der Neuerrichtung oder Modernisierung von Häusern oder ganzen Stadtteilen über eine Betriebswasserversorgung nachzudenken.

Das Petruswerk plant gerade die Erschließung des neuen Stadtteiles (Reininghaus-Gründe). Im Sinne eines sorgsamen Umgangs mit unserem Trinkwasser, dem sich daraus ergebenden verstärkten Umweltbewusstsein und nicht zuletzt auch wegen der kommunalen Vorbildwirkung wäre eine Erschließung dieses neuen Stadtteiles mit einer Betriebswasserleitung wünschenswert.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bei den Verantwortlichen des Petruswerkes beim Erschließen des Areals der „Reininghaus-Gründe“ die Errichtung eines zweiten, getrennten Wassersystems (Betriebswasser) einfordern wirst?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Orientierung und Mobilität für Menschen mit Sehbehinderung und Blindheit im Rathaus beziehungsweise Amtshaus

GR. Mag. **Kowald** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Einige von Ihnen werden sich vielleicht erinnern, 2007 hat es einen Antrag gegeben von meinem lieben Kollegen Kurt Hohensinner. Ich bin damals da oben gesessen, mitgewirkt hat auch der liebe Kollege Andi Molnar, dass man die Orientierungs- und Mobilitätsfähigkeit von Sehbehinderten und Blinden hier im Haus steigert. Es wurde jahrelang debattiert, viele Expertenmeinungen eingeholt aus ganz Österreich, auch aus dem Ausland, es hat sehr viele Sitzungen gegeben, man hat jetzt ein klares Konzept und ein Budget für das Jahr 2011, ich freue mich sehr. Die liebe Stadträtin Schröck hat jetzt ein System propagiert, das war auch in der Zeitung, das für Altererblindende und für Neuerblindende nicht zugänglich ist, vor allem nicht für Leute, die nicht tasten können und mit Computer nicht umgehen können. Ich stelle daher an dich, lieber Herr Bürgermeister, die Anfrage: Bist du bereit, deine Kollegin im Stadtrat, Frau Dr. Martina Schröck, über den Stand der Dinge aufzuklären und dahingehend zu wirken, dass die Implementierung eines einheitlichen Orientierungs- und Mobilitätssystems im Rat- und Amtshaus durchgeführt wird. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Wir leben in einer Stadt der Menschenwürde und Menschenrechte, in der seit langer Zeit vieles unternommen wird, um das Leben von Menschen mit Behinderung

angenehmer zu gestalten. Aus diesem Grund stellten wir schon vor langer Zeit den Antrag, die Orientierung und Mobilität im Rathaus und Amtshaus für Menschen mit Sehbehinderung, Blindheit und anderen Beeinträchtigungen zu verbessern. Die Zahl an Neuerblindungen ist zum Glück rückläufig, aber die Anzahl an älteren Menschen, die immer weniger sehen oder blind werden, ist auch wegen der hohen Lebenserwartung steigend. Wir brauchen daher ein einfaches System, mit dem unsere Kunden und Parteien sämtliche Beratungsstellen und die wichtigsten Räumlichkeiten unseres Rat- und Amtshauses leichter finden.

Wir führten sehr viele Gespräche und stellten mit Fachleuten und Spezialisten Überlegungen an, darüber hinaus wurden auch Arbeitskreise abgehalten. Die vorläufigen Ergebnisse klangen vielversprechend. Die speziellen Türschilder, Informationsstände und Orientierungshilfen sind jedoch für das heurige Jahr budgetiert und eine fixe Sache.

Vor kurzer Zeit wurde mir ein Zeitungsartikel vorgelesen, nachdem Frau Stadträtin Dr. Martina Schröck ein System von Jugend am Werk zum Auffinden Ihres Büros einführen wird. Mir war sofort klar, dass Frau Stadträtin Dr. Schröck offensichtlich von den bislang getätigten Bemühungen nichts wusste.

Die Thematik ist nicht einfach. Wir brauchen ein System, das für alle Sehbehinderten und Blinde eine Hilfe ist, unabhängig vom Alter und von der Ausbildung. In diesem Zusammenhang ist „weniger gleich mehr“ und das System von Jugend am Werk ist nicht geeignet für Menschen mit Blindheit, die keine Pläne ertasten können, keine räumliche Vorstellungskraft haben oder etwas ungeschickt sind.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Bist du bereit, deine Kollegin in der Stadtregierung, Frau Stadträtin Mag. Dr. Martina Schröck, über die bisher erzielten Ergebnisse sowie die Implementierung eines

einheitlichen Systems zur Orientierung und Mobilität von Menschen mit Sehbehinderung, Blindheit und anderen Beeinträchtigungen im Rat- und Amtshaus zu informieren?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Kombiticket

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich stelle an dich den Antrag, ob du bereit bist, die Möglichkeiten einer kombinierten vergünstigten Karte sowohl für die Benützung des Bades Eggenberg als auch für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel prüfen zu lassen, um somit das Verkehrsaufkommen in den umliegenden Straßen des Bades zu mindern, und dadurch allenfalls einen Anreiz für den Kauf zum Beispiel einer Jahreskarte zu geben.

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Bad Eggenberg hat nunmehr den Badebetrieb aufgenommen und stehen 180 badeigene Abstellplätze für Autos am Areal den Badbenützer/innen zur Verfügung. Laut Prognosen sind in Zukunft täglich 4.000 Besucher/innen zu erwarten. Das damit verbundene tägliche Verkehrsaufkommen und die dazu notwendigen Parkplätze überfordern das derzeit vorhandene Parkraumangebot in den umliegenden Straßen des Bades Eggenberg erheblich.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e,

ob du bereit bist, die Möglichkeiten einer kombinierten vergünstigten Karte sowohl für die Benützung des Bades Eggenberg als auch für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel prüfen zu lassen, um somit das Verkehrsaufkommen in den umliegenden Straßen des Bades zu mindern, und dadurch allenfalls einen Anreiz für den Kauf z.B. einer Jahreskarte zu geben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Errichtung einer WC-Anlage am Nahverkehrsknoten Don Bosco

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sind Sie bereit, sich für die Errichtung einer WC-Anlage am Verkehrsknoten Don Bosco einzusetzen und an die ÖBB heranzutreten, um über eine gemeinsame Lösung mit der ÖBB und der Stadt Graz zu verhandeln?

Motivenbericht nur schriftlich:

Bald nach Inbetriebnahme des Nahverkehrsknotens bzw. des Bahnhofes Don Bosco wurde die – meiner Meinung nach mehr als berechtigte - Kritik, dass kein WC

vorhanden sei, von Fahrgästen an uns herangetragen. Damals haben wir die Anfrage an Sie gestellt, mit der Bitte an die ÖBB heranzutreten, diesen Missstand zu beheben. Bis heute gibt es allerdings keine WC-Anlage am Verkehrsknoten Don Bosco.

Die jüngsten Bestrebungen der ÖBB, alle WCs an kleineren Bahnhöfen zu schließen, lassen keine Hoffnung aufkommen, dass sich die Situation am Bahnhof Don Bosco von Seiten der ÖBB diesbezüglich ändern wird.

Da Don Bosco ein stark frequentierter Verkehrsknotenpunkt für Busse und Bahn ist, wäre die Installierung einer WC-Anlage mehr als angebracht, eventuell auch im Zusammenspiel zwischen ÖBB und Stadt Graz.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind sie bereit, sich für die Errichtung einer WC-Anlage am Verkehrsknoten Don Bosco einzusetzen und an die ÖBB heranzutreten, um über eine gemeinsame Lösung zu verhandeln?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Amselgasse – Adalbert Stifter-Gasse, Informationsveranstaltung

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das ist sozusagen eine dringliche Anfrage. Sind Sie bereit, möglichst rasch, also noch vor Beginn weiterer Baumaßnahmen, eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Siedlung Amselgasse/Adalbert-Stifter-Gasse/Kapellenstraße abzuhalten und sind Sie bereit, die derzeit gültige Bebauungsleitlinie den Bewohnerinnen und Bewohnern zugänglich zu machen (*Applaus KPÖ*)?

Motivenbericht nur schriftlich:

Über 150 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung zwischen Amselgasse und Adalbert-Stifter-Gasse im Bezirk Gries haben eine Unterschriftenliste unterzeichnet, die sich für die Sicherung der Lebens- und Wohnqualität ausspricht. Diese Bewohnerinnen und Bewohner repräsentieren 104 von 125 Haushalten in diesem Gebiet, stellen also einen außerordentlich großen Anteil dar.

Konkret sprechen sie sich auch gegen gekuppelte bzw. geschlossene Verbauungen im Gartenbereich im Zuge einer sogenannten Nachverdichtung aus sowie gegen die Errichtung von Feuermauern direkt an der Grundstücksgrenze bei Bauten in der Gartenzone.

Vor allem aber drängen die Bewohnerinnen und Bewohner seit rund einem Jahr auf eine öffentliche Informationsveranstaltung. Diese wurde ihnen auch bereits mehrfach zugesichert, sie sollte bereits im Herbst 2010 stattfinden. Allerdings gibt es bis zum heutigen Tag noch keinen Termin dafür.

Grund dafür ist, dass offenbar ein Bebauungsplan für das gesamte Gebiet in Vorbereitung ist. Gleichzeitig ist aber bereits ein Bauvorhaben in Bau, für ein weiteres Vorhaben fand die Bauverhandlung im Dezember 2010 statt. Hier werden also bereits Fakten geschaffen, die präjudizierend für die weitere Vorgangsweise sind.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, möglichst rasch, also noch vor Beginn weiterer Baumaßnahmen, eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Siedlung Amselgasse/Adalbert-Stifter-Gasse/Kapellenstraße abzuhalten? Sind Sie bereit, die derzeit gültige Bebauungsleitlinie den BewohnerInnen zugänglich zu machen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Eintrittspreise für Senioren im Bad Eggenberg

GRin. **Benedik** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine beiden Anträge drehen sich um das Bad Eggenberg. Zum einen, die Eintrittspreise für Senioren im Bad Eggenberg. Sind Sie bereit, sich bei den verantwortlichen Personen des Bades Eggenberg dafür einzusetzen, dass die Eintrittspreise für alle Senioren drastisch gesenkt oder ein Tag in der Woche als Seniorentag gekennzeichnet wird, an dem die Senioren nur 50 % des regulären Eintrittspreises bezahlen müssen?

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Vergleich zu einigen städtischen Bädern in anderen Landeshauptstädten wie Wien, Linz, Salzburg liegen die Eintrittspreise in Graz am höchsten, so leider auch für Senioren.

Für schwimmfreudige Senioren mit niedriger Pension ist der Eintritt mehrmals im Monat nahezu unleistbar. Zumal nur Mindestpensionisten die Vergünstigung um € 1,-- erhalten, also € 5,70 bezahlen müssen. Für alle anderen Senioren beträgt der Normalpreis für die Tageskarte € 6,70. Wie wichtig aber Bewegung im Alter für die Gesundheit ist, zeigen uns verschiedene Studien. Bewegung im Wasser fördert nicht nur die Gesundheit, sondern stärkt die körperliche Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit im Alter. Damit Schwimmen für jeden Senior in Graz leistbar wird, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich bei den verantwortlichen Personen des Bades Eggenberg dafür einzusetzen, dass die Eintrittspreise für alle Senioren drastisch gesenkt oder ein Tag in der Woche als Seniorentag gekennzeichnet wird, an dem die Senioren nur 50 % des regulären Eintrittspreises bezahlen müssen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Bad Eggenberg; Fehlende Kundenorientierung

GRin. **Benedik** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Benedik:** Mein zweiter Antrag ist die fehlende Kundenorientierung im Bad Eggenberg. Sind Sie bereit, sich mit den zuständigen Damen und Herren in Verbindung zu setzen und hierbei anzuregen, die Preisgestaltung nochmals zu überdenken beziehungsweise zu empfehlen, den Wellnessgästen an Tagen, an denen das Hallenbad nicht benützt werden kann, den Eintrittspreis für das Hallenbad zurückzuerstatten (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Menschen, die gerne Stress und Hektik hinter sich lassen, die dem Alltagsstress entfliehen und abschalten wollen, besuchen oft eine Wellnessoase. Dafür bietet sich unser neues Bad Eggenberg geradezu an.

Aber der Ärger bleibt nicht aus:

Der Tageseintritt – nicht gerade günstig – beträgt ganztägig € 18,--, die Hallenbadbenützung miteingeschlossen. Findet nun gerade eine Staatsmeisterschaft statt, ist das Hallenbad ohnehin für Wellnessgäste geschlossen. Bei anderen Bewerben ist mit eingeschränktem Badebetrieb zu rechnen. Glück hat also nur derjenige, der sich an seinem Wellnesstag mit keinem sportlichen Wettbewerb konfrontiert sieht. Zu zahlen sind aber jedenfalls € 18,--, ob ohne oder nur mit eingeschränkter Benützung des Hallenbades. Zwar bekommt der Wellnessgast eine Gutschrift, ein anderes Mal das Hallenbad benützen zu dürfen, wenn dieser Gast nur zwischen Wellnessbad und Hallenbad kombiniert, nützt diese Gutschrift allerdings wenig.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich mit den zuständigen Damen und Herren in Verbindung zu setzen und hierbei anzuregen, die Preisgestaltung nochmals zu überdenken bzw. zu

empfehlen, den Wellnessgästen an Tagen, an denen das Hallenbad nicht benützt werden kann, den Eintrittspreis für das Hallenbad zurückzuerstatten.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Lärmmessungen Universitätsviertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht, wie immer oder sehr oft schon um das Uni-Viertel. Von mir deswegen zwei Anfragen an dich und zwar, es geht um diese Lärmmessungen. Bist du bereit, mit den zuständigen Stellen des Magistrates in Kontakt zu treten und dem Gemeinderat sobald als möglich über die Ergebnisse zu berichten und die sich daraus ergebenden Schritte einzuleiten?

Motivenbericht nur schriftlich:

In letzter Zeit wurden von Abteilungen des Magistrates Graz Lärmmessungen im Universitätsviertel durchgeführt.

Ich stelle deshalb an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, mit den zuständigen Stellen des Magistrates in Kontakt zu treten und dem Gemeinderat sobald als möglich über die Ergebnisse zu berichten und die sich daraus ergebenden Schritte einzuleiten?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Lärmbekämpfung im Universitätsviertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Wir waren ja schon öfter bei dir mit Delegationen der lärmgeplagten Bürger, deswegen die Anfrage oder Bitte von mir: Bist du bereit, diese Gespräche wieder zu intensivieren und persönlich oder über dein Büro mit den Emissären der Bürger des Univiertels in allernächster Zukunft Kontakt aufzunehmen und konkrete Maßnahmen durchzuführen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, da ich auch interessiert bin, dass wir wieder einmal wieder alles zusammenfassen, werden wir das schriftlich beantworten.

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Frühjahr kommt bestimmt und mit ihm die Lärmbelästigung. Vor allem aber kommt es durch letztere zu Gesundheitsbeeinträchtigungen der Bewohner des Universitätsviertels.

Im vergangenen Jahr haben in deinem Büro verheißungsvolle Gespräche mit Abordnungen der geplagten Bürger begonnen. Leider, so scheint mir, ist dieser Gesprächsfaden nun abgerissen.

Zumal selbst Taxifahrer bekunden, dass zurzeit sehr selten Kontrollen durchgeführt werden und die „Aktion scharf“ sang und klanglos entschlafen ist.

Ich stelle deshalb an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Bist du bereit, diese Gespräche wieder zu intensivieren und persönlich oder über dein Büro mit den Emissären der Bürger des Univiertels in allernächster Zukunft Kontakt aufzunehmen und konkrete Maßnahmen durchzuführen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Entwicklung der Kommunalsteuer in Verbindung mit dem Beschäftigungsstand in Graz

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage geht um die Entwicklung der Kommunalsteuer in den Jahren 2008, 2009 und 2010, um Rückschlüsse auf den Beschäftigungsgrad in der Stadt Graz ziehen zu können. Deshalb die Anfrage: Wie hoch waren die städtischen Einnahmen aus der Kommunalsteuer in den Jahren 2008, 2009 und 2010 (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Kann ich gleich beantworten, weil es für mich immer wieder ein Gradmesser ist und ich selber schauen kann, verändert sich hier diese Summe nach unten, dann kann man Rückschluss auch auf den Beschäftigungsstand ziehen. Wir haben ja schöne Steigerungen in den Zeiträumen davor gehabt. 2008 waren es 95 Millionen, 2009 waren es 93 Millionen und 2010 sind es wieder 95 Millionen. Ich hoffe, dass wir irgendwann einmal bald die 100-Millionen-Schallmauer durchbrechen, aber wir sind, wie gesagt, auf etwa 95 Millionen angewachsen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Um über die Entwicklung der Kommunalsteuer, die Höhe des Bruttogesamtbetrages, der an unselbstständige Erwerbstätige in Graz ausbezahlt wurde, und um indirekt über die Höhe des Beschäftigungsgrades in unserer Stadt Aufschlüsse und konkrete Zahlen zu erhalten, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

A n f r a g e :

Wie hoch waren die städtischen Einnahmen aus der Kommunalsteuer in den Jahren 2008, 2009 und 2010?

11) Variobahnen Bürgerbeschwerden

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um die Variobahn, hier sind zahlreiche Bürgerbeschwerden eingetroffen, es war bereits in der medialen Berichterstattung. Vor allem macht sich massiver Bürgerprotest hinsichtlich der Lärmentwicklung bereit. Ihnen ist ebenso ein Schreiben zugegangen,

hier sind 17 Fragen an Sie formuliert worden, daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, Herr Bürgermeister, folgende Anfrage: Sind Sie bereit, in der Angelegenheit Variobahnen eine öffentliche Informationsveranstaltung anzuberaumen, zu der neben den betroffenen Bürgern auch die zuständigen Mitarbeiter der Stadt Graz, Stadtrechnungshofdirektor Herr Dr. Riegler, befugte Vertreter der Holding Graz sowie Vertreter sämtlicher Gemeinderatsparteien eingeladen werden? Sind Sie ferner bereit, in diesem Rahmen sämtliche im Raum stehende Fragen durch die zuständigen Personen beantworten zu lassen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich denke, dass es längst an der Zeit ist, dass man die gesamten Fragen, die es zu dem Thema gibt, einmal zusammenfasst. In einem Punkt,...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja es ist schön, 17 Fragen, aber ich sage jetzt einmal, die wesentlichen Fragen, weil da kommen immer wieder so Fragen vor, da sei was nicht gesetzeskonform passiert und da steht so schön, dass also nicht fachkundig und auch nicht normgerecht, das heißt, nicht gesetzeskonform ausgeschrieben wurde, das sind alles Dinge, die sollten wir einmal ganz schnell beantworten, weil ich glaube, da irren die Fragesteller ganz gewaltig und das müsste man ihnen auch einmal von Seiten des Unternehmens klären. Die zweite Geschichte und dort haben wir... eine Sache war dann diese Automatenangelegenheit, aber das ist eine eigene Firma, das wesentlichste Problem, das wir jetzt haben, ist diese Lärmbelästigung, die die

Straßenbahn vor allem in manchen Radien und manchen Kurven im Besonderen auswirkt, da wissen wir ja, dass das Unternehmen Stadler mit unseren Graz-Linien eh permanent am Arbeiten ist. Das ist ein Faktum, die Fahrzeuge sind ja, soweit ich es weiß, auch um einige Tonnen schwerer, weil ja auch Zusatzwünsche da waren, das geht auch in die Klimatisierung, in eine größere Stabilität, aufgrund von neuen Normen und dort haben wir ein Problem, aber es ist, glaube ich, an der Zeit, dass man wirklich auch einmal einlädt, auch alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, damit sie da auch einmal aus erster Hand hören und nicht von Haus aus, sage ich auch, Dinge, auch zum Schutz jetzt einmal des Unternehmens, da vorgeworfen werden, die in keinsten Weise, aus meiner Sicht, halten können. Wir haben ein Problem aufgrund von mehr Gewicht und der technischen Ausstattung, die im Übrigen aus meiner Sicht immer gesetzeskonform war, auch die Abnahme ist erfolgt, also müssen wir schauen, wie wir das Problem lösen und da sollte sowohl das Unternehmen Stadler als auch die Graz-Linien einmal wirklich die gesamten Antworten geben und das ist ein guter Vorschlag, wir werden ihn weiterleiten und auch möglichst bald einmal öffentlich einladen, dass Menschen, die betroffen sind, hinkommen und wir müssen eh noch schauen, vielleicht müssen wir im Untergrund Umbauten vornehmen, ob das dann Geld kostet, so leicht wie es sich manche vorstellen, weil ich werde oft angesprochen, ja dann stornieren Sie es einfach, also eigentlich bin ich stolz, dass man endlich einmal 45 Straßenbahnen angekauft haben. Jetzt haben wir die Problemsituation, die Leute sagen, ja dann tut sie einfach abbestellen. Soweit ich jetzt informiert wurde, hat Stadler alle Normen und Werte erfüllt, sie sind leider, wie gesagt, da jetzt lauter als das wir von City Runner und anderen gewohnt waren und jetzt haben wir ein Problem, das müssen wir in irgendeiner Form lösen, aber vielleicht ist einmal gut, dass man diese Dinge, die da jetzt auch öffentlich auf uns zukommen, einmal ordnungsgemäß beantwortet.

Zwischenruf GRin. Krampl: Aber das gehört in die Ausschreibung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja in der Ausschreibung stehen die Lärmnormen drinnen, die erfüllt sind noch immer, sie sind nur, sage ich einmal, lauter als das, was wir an Material schon hatten, sie sind aber deswegen, wenn ich so sagen darf, kein Rücktrittsgrund von Verträgen und das muss man auch wissen und das muss man einmal ausdiskutieren. Ich werde es weiterleiten, dass man möglichst bald eine umfassende Informationsveranstaltung macht. Ich lasse es aber offen, weil es geschäftsordnungsgemäß dann gleich weitergeht (*Applaus ÖVP*). Ist ein Riesenproblem, ich werde täglich auch darauf angesprochen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die neuen Variobahnen waren bereits vor ihrer Inbetriebnahme wiederholt Gegenstand unterschiedlichster medialer Berichterstattung. Auch der Stadtrechnungshof war zwischenzeitig beauftragt, den Ankauf der neuen Straßenbahnen in Verbindung mit den gleis- und straßenbaulichen Adaptierungsmaßnahmen auf Wirtschaftlichkeit zu überprüfen.

Nun hat sich aber hinsichtlich der Lärmentwicklung der neuen Straßenbahnen ein massiver Bürgerprotest formiert, der nicht ignoriert werden darf. Die massiv schädlichen Folgen permanenter Lärmbelastung auf die menschliche Physis und Psyche setze ich als bekannt voraus. Keinesfalls kann die im Vergleich zu den alten Straßenbahnen deutlich höhere Lärmbelästigung, verursacht durch die Vario-Donnerwalzen, als städtischer Umgebungslärm abgetan werden.

Die erwähnte Bürgerbewegung hat in ihrem Schreiben an alle Parteien, an den Stadtrechnungshof und an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Reihe von Fragen formuliert, die, um auch jeden Anschein einer Ungereimtheit auszuräumen, einer sorgfältigen Beantwortung bedürfen. Der Ordnung halber liegt gegenständliches Schreiben dieser Anfrage als Anlage bei.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, in der Angelegenheit Variobahnen eine öffentliche Informationsveranstaltung anzuberaumen, zu der neben den betroffenen Bürgern auch die zuständigen Mitarbeiter der Stadt Graz, Stadtrechnungshofdirektor Dr. Riegler, befugte Vertreter der Holding Graz sowie Vertreter sämtlicher Gemeinderatsparteien eingeladen werden? Sind Sie ferner bereit, in diesem Rahmen sämtliche im Raum stehenden Fragen durch die zuständigen Personen beantworten zu lassen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Übereinstimmend gesehene Themen zwischen „Siegi“ und dem Herrn Arbeiterkammerrat, Bezirksbauernkammerrat, KAGES-Mitarbeiter, Ex-FPÖ-Gemeinderat, Ex-BZÖ-Gemeinderat, wilden Gemeinderat Mag. Gerhard Mariacher

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte zum einen allerdings gleich auch sehr deutlich was sagen, weil mir das wichtig ist. Da gibt es das Gespräch zwischen dem Mag. Mariacher

und mir und du fragst, hat meiner Meinung nach das Gespräch zwischen mir und dem Herrn Mag. Mariacher so stattgefunden, wie es der Genannte in dessen Schreiben ausgeführt hat? Sein Schreiben habe ich jetzt durchgelesen, wir hatten ein sehr freundliches Gespräch, er hat mir mitgeteilt, wofür er künftig im Grazer Gemeinderat auch besonders kämpfen und sich einbringen möchte, da gibt es im Übrigen auch viele, viele Dinge, wo ich mich freue, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten. Da geht es um das Thema Wasserkraft, Biomasse, um E-Mobilität, Kampf gegen Drogen, Bekämpfung der Fettsucht von Kindern, Förderung des Lesens, die besseren Anhörungsrechte für anrainende Mieter im Bauverfahren, also Dinge, wo, glaube ich, viele dem Kollegen Mariacher zustimmen, dafür möchte er kämpfen, das hat er mir gesagt. Er hat mir auch gesagt, dass für seine zukünftige Arbeit er gerne vier Punkte von mir beantwortet hätte, das sind Fragen, die einem Gemeinderat, der jetzt alleine hier herinnen ist, auch zustehen, nämlich, wie schaut das aus, ob er einen Büroraum haben kann, wie schaut es aus mit den Förderungen, die auch mit seiner Person verbunden sind, kann er an Klubobleutekonferenzen teilnehmen und bekommt er wohl alle Informationen, und er schreibt dann zum Schluss: „Ich danke dir nochmals für das freundliche und konstruktive Gespräch und bitte dich um baldige Mitteilung betreffend die Zuteilung der Ressourcen.“ Ich mache das wie immer, ich beauftrage die Magistratsdirektion und das Präsidialamt mit diesen Wünschen, und betreffend von Murkraftwerken und weiteren Dingen, die wir oben besprochen haben, möchte er gerne auch mit dem Klubobmann Piffll drüber reden. Ich weiß nicht, ob dieses Gespräch schon stattgefunden hat, also das hat für mich so stattgefunden, die Themen habe ich jetzt auch gesagt, wo wir viel Übereinstimmung haben. Welche Angebote bezüglich seines Stimmverhaltens im Gemeinderat hat mir der Herr Mag. Mariacher gemacht? Er hat mir überhaupt kein unsittliches Angebot, das du dann im vierten Tagesordnungspunkt dann fast unterstellst, gemacht, also in keiner Weise, und wer den Kollegen Mariacher kennt, der weiß auch, dass er so etwas nicht verquicken würde und deswegen hoffe ich, dass mit dieser Anfrage deine Überlegungen, die du da hast, oder deine Vermutungen, die du hast, ordnungsgemäß

von mir jetzt beantwortet sind, und wenn jemand etwas nicht tut, dann werde ich natürlich auch keine strafrechtlichen Schritte da einleiten. Soweit zu dieser Anfrage.

Motivenbericht nur schriftlich

In der Vorweihnachtszeit gab es zwischen Ihnen und Mag. Mariacher ein vertrauliches Gespräch. Dabei ging es neben dem Austausch allfälliger Freundlichkeitsfloskeln wohl auch um Zugeständnisse Ihrerseits in Ihrer Funktion als Bürgermeister an besagten Gemeinderat, wofür dieser sein Stimmverhalten auf eine Weise anpassen würde, welches ihren Agenden zuträglich sein würde.

Dies geht aus einem Brief hervor, den Ihnen Mag. Mariacher in besagtem Zeitraum zukommen ließ. Brief in Kopie anbei.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

Anfrage:

1. Hat Ihrer Meinung nach das Gespräch zwischen Ihnen und Mag. Mariacher so stattgefunden, wie es Genannter in dessen Schreiben ausgeführt hat?
2. Welche Themen wurden zwischen Ihnen und Mag. Mariacher „übereinstimmend“ gesehen?
3. Welche Angebote bezüglich seines Stimmverhaltens im Gemeinderat hat Ihnen Mag. Mariacher gemacht?
4. Entspricht diese schriftlich dokumentierte Vorgangsweise aus Ihrer Sicht dem Tatbestand des Stimmenkaufs bzw. -verkaufs?

Wenn ja, haben Sie entsprechende strafrechtliche Schritte eingeleitet?

Wenn nein, warum nicht?

13) Einrichtung der grünen Zone rund um den Bahnhofsgürtel

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Gebiet rund um den Bahnhofsgürtel wurde zur grünen Zone erklärt. Das ist für sich genommen kein Problem für die dortigen Anrainer. Allerdings ist ein Teilbereich, nämlich jener zwischen Bahnhofsgürtel 55 bis 59, nicht als grüne Zone ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um 15 Stellplätze, welche aufgrund der fehlenden Markierungen und Kontrollen überwiegend von Pendlern benutzt werden. Da es die dort lebenden Menschen in Ermangelung an genügend Parkplätzen ohnehin schon schwer haben, ist deren Ärger durchaus nachvollziehbar. Trotz mehrmaliger Urgenzen der Anrainer bei der Parkraumbeschaffung konnte dieser Missstand noch nicht behoben werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an die Verkehrsreferentin der Stadt Graz folgende

Anfrage:

- 1.) Entspricht es den Tatsachen, dass der Bereich zwischen Bahnhofsgürtel 55 bis 59 von der grünen Zone ausgenommen wurde? Wenn ja, warum? Wenn nein, wieso wurde der Bereich nicht entsprechend markiert?
- 2.) Was gedenken Sie zu tun, um die Situation zu entschärfen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Beantwortung berechtigter Bürgerfragen zu Variobahn

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz haben am 13.03.2011 an die politisch Verantwortlichen mehrere Fragen bezüglich der Inbetriebnahme der Variobahn gestellt. Da davon auszugehen ist, dass wie in vielen anderen Fällen diese Bürger keine Antwort erhalten, versuchen wir mittels dieser Anfrage, den Betroffenen zu Antworten zu verhelfen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

A n f r a g e :

1. Sind die Gesamtlebenszykluskosten der Variobahn bekannt? Hat der Rechnungshof die auf die Stadt Graz zukommenden Gesamtkosten geprüft? Die seitens der Holding Graz GmbH durchgeführten Analysen der Lebenszykluskosten beruhen ganz offensichtlich auf Schätzungen, ohne die entscheidende Berücksichtigung der abhängig von den bestellten Straßenbahntypen und ihrem Gewicht anfallenden Gesamtkosten für die Stadt Graz (insbesondere interessieren die zu erwartenden Kosten für die Ertüchtigung der Schienen und des Unterbaus).
2. Stimmt es, dass die zu erwartenden Sanierungskosten für die überlasteten Gleise in Graz in den nächsten Jahren etwa gleich hoch sein werden wie die Anschaffungskosten der Variobahnen?
3. Wer verantwortet es, dass die neuen Straßenbahnen technisch offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform

ausgeschrieben, bestellt und auch bewertet wurden? Anscheinend wurden das Zusammenspiel von Schiene und den im Vergleich zum Bestand viel schwereren Stadler-Straßenbahnen nicht berücksichtigt und die daraus folgenden Konsequenzen sowie die technischen Faktoren, die diesem Umstand Rechnung getragen hätten, missachtet.

4. Wer verantwortet es, dass die neuen Straßenbahnen ökonomisch offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben und bestellt wurden? Anscheinend wurden die notwendigen Zusatzkosten, resultierend aus dem Zusammenspiel von Schiene und den im Vergleich zum Bestand viel schwereren Stadler-Straßenbahnen sowie die daraus folgenden Konsequenzen missachtet.
5. Wer verantwortet es politisch, dass die neuen Straßenbahnen offensichtlich nicht fachkundig und auch nicht normengerecht d.h. gesetzeskonform ausgeschrieben und bestellt wurden (Z.B. durch Berücksichtigung der Gesamt-Lebenszyklus-Kosten)?
6. Gemäß welchen Kriterien wurde die Abnahme der Stadler-Straßenbahnen durchgeführt? Gibt es eine Checkliste, anhand der sich beweisen lässt, dass die Übereinstimmung der Eigenschaften der gelieferten Straßenbahnen mit den in der Ausschreibung/Bestellung geforderten Kriterien von unabhängiger Seite sachverständig geprüft wurde? Wurden alle bestellten Positionen vollständig technisch und ökonomisch geprüft?
7. Ist der Lieferant der neuen Straßenbahnen seiner gesetzlichen Verpflichtung von Warnhinweisen in Schriftform nachgekommen, dass diese schwere Straßenbahn für die bekannten Schienenverhältnisse in Graz nicht geeignet ist und dass in Folge dieses Sachverhalts wesentliche Kosten der Adaptierung der gesamten Schienenanlagen erforderlich sein werden?
8. Wurde bei der Bestellung die EU-Umgebungslärm-Richtlinie 2002/49/EG berücksichtigt und preisgewürdigt? Gemeint sind z.B. zu erwartende Folgekosten und Entschädigungskosten erschütterungsgeplagter

AnrainerInnen, erhöhte Kosten für neu zu errichtende Gebäude aufgrund erhöhter Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen.

9. Wer verantwortet die durch das Gewicht und den nicht geeigneten Unterbau verursachten Bauschäden bzw. Mehrkosten für Fundamente und die daraus für die AnrainerInnen anfallenden Kosten zur Behebung der zu erwartenden (teils schon eingetretenen) Schäden?
10. Wer verantwortet es, dass der Stand der Technik der Variobahn hinsichtlich Schall und Erschütterung nicht eingehalten wird (und auch nie eingehalten können werden wird). Wurden evt. anfallende Sanierungskosten für die, wie eine diesbezügliche kurze Recherche im Internet gezeigt hätte, viel zu lauten und erschütterungsintensiven Straßenbahnen in der Punktbewertung berücksichtigt?
11. Wurde das System Straßenbahn/Schiene vor dem Kauf bei Schall- und Erschütterungsmessungen auch bei Worst-Case-Bedingungen geprüft (Regen, Sand, Bremsand, Beschleunigung, Bremsen, gefrorener Boden)? Es fällt auch dem/der ungeschulten BeobachterIn auf, dass die neuen Straßenbahnen in den Kurven schwanken, ein Umstand der belästigend/beängstigend ist. Es fällt dem/der BeobachterIn auf, dass die neuen Stadler-Straßenbahnen (offensichtlich aufgrund ihres zu hohen Gewichts für die bestehenden Schienen) vermehrt Schäden an den Schienen verursachen, zum Beispiel zwei dokumentierte Gleisbrüche und häufige Schäden an den Schienen innerhalb kurzer Zeit im Raum Theodor-Körner-Straße. Es fällt weiters auf, dass die neuen Stadler-Straßenbahnen weit über das bisher gewohnte Maß hinaus Rüttel- und Stampfgeräusche, abhängig von der Geschwindigkeit, der Personenlast usw., verursachen und somit die Lärm- und Erschütterungsbelastung bereits sach- und gesundheitsschädliche Ausmaße annehmen und mit dem vermehrten Einsatz der Variobahnen unerträglich und nicht mehr verantwortbar sein werden.

12. Welche Kosten entstehen der Gemeinde Graz durch die gesundheitlichen Schäden der AnrainerInnen, verursacht durch Lärm, Erschütterungen und vermehrten Feinstaub (Bremsvorgang) und seiner Zusammensetzung?
13. Was geschieht, wenn sich bis zum Ende des Sommers (wie die Holding Graz GmbH kolportiert hat, sollen die Verbesserungsmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein), wie aus den bisherigen Maßnahmen abzuleiten ist, keine wesentliche Besserung eingestellt hat? Die bisherigen und auch die geplanten Maßnahmen stellen sich als reine Kosmetik und ungeeignete Maßnahmen dar.
14. Wenn Stadler die Straßenbahnen nicht in angemessener Zeit vertragsgemäß in Betrieb nehmen kann, sind dann Pönalezahlungen an die Gemeinde Graz fällig?
15. Sind Zahlungen an geschädigte AnrainerInnen vorgesehen?
16. Was kostet die Rückabwicklung dieses Kaufs, da eine Beherrschung der Lärm- und Schallemissionen (Körperschall/Erschütterungen) aus Sicht von Experten in der Praxis auf eine Neukonzeption hinauslaufen würde und eine Sanierung der Schall- und Erschütterungsproblematik auch von Experten für nahezu unlösbar gehalten wird?
17. Wer verantwortet die den SteuerzahlerInnen entstehenden Mehrkosten? Wer deckt diesen Schaden ab?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Plan der Energie Steiermark AG zum Einsatz von ‚smard grids‘ als intelligente Stromzähler: Bedenken wegen unnötiger Kosten, alleiniger Technikverliebtheit sowie mögliche Gefahren durch Übervorteilung und Mängel bei Datenschutz und Datensicherheit beunruhigen Grazer Stromkunden

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Plan der Energie Steiermark AG zum Einsatz von smard grids, als intelligente Stromzähler, und Bedenken wegen unnötiger Kosten, alleiniger Technikverliebtheit sowie mögliche Gefahren durch Übervorteilung und Mängel bei Datenschutz und Datensicherheit beunruhigen Grazer Stromkunden. Meine Frage lautet an den Bürgermeister, ich möchte den Motivenbericht jetzt abkürzen, meine Frage an Sie lautet: 1. Wie ist dieser kostentreibende Plan der Energie Steiermark, nämlich Stromkunden „intelligente Stromzähler“ zu verordnen, aus der Sicht der Grazerinnen und Grazer als zahlenmäßig größte Gruppe der steirischen Stromkunden zu rechtfertigen und wie können die Stromkunden vor der Gefahr einer wirtschaftlichen Übervorteilung befriedigend geschützt werden? 2. Welche konkreten evidenzbasierten Untersuchungen gibt es, konkret solche, die mit der realen Situation der Stadt Graz korrelieren, um die getätigten Annahmen beziehungsweise Behauptungen der Energie Steiermark zu verifizieren oder zu falsifizieren? 3. Welche konkreten Vorkehrungen werden getroffen, um Datenschutz und Datensicherheit bei Einführung „intelligenter Stromzähler“ zu gewährleisten? Und in welcher Form soll für heute noch nicht berücksichtigte Gefahren der Manipulation von persönlichen Daten – wie zum Beispiel Abwesenheiten detektieren und abfragen – Vorkehrung getroffen werden? 4. Welche Aktivitäten, um den Stromverbrauch zu beeinflussen, sind angedacht? Warum sind angeblich Eingriffe verbraucherseitig vonnöten und wie sollen diese gegebenenfalls für den Kunden befriedigend gestaltet werden? 5. Wie sollen diese Eingriffe in die persönliche Sphäre privater Wohnungen gerechtfertigt

werden, und wie sollen die Grazer Kunden gegen Manipulation geschützt werden, damit nicht zum Beispiel Unbefugte ein Wohnhaus von außen „abschalten“ können?

Motivenbericht nur schriftlich:

Herr Bürgermeister, Sie sind in Personalunion Vorsitzender des Aufsichtsrates der Holding Graz GmbH. Die Holding Graz GmbH ist mit 49 % an der Energie Graz GmbH & Co KG beteiligt, die als Lieferant und Netzbetreiber für Strom für alle Grazerinnen und Grazer tätig ist.

An der Energie Graz GmbH & Co KG ist auch die Energie Steiermark AG beteiligt. Laut Bericht des ORF-Steiermark vom 12.3.2011 <http://steiermark.orf.at/stories/503795/> wirbt die Energie Steiermark für den Einbau „intelligenter Stromzähler“, sogenannter „smard grids“.

Beim Einbau dieser „intelligenten Stromzähler“ wird der Kunde allein beim Einbau mit voraussichtlich zusätzlichen 300 bis 350 Euro belastet. Diese Zusatzkosten erscheinen bei einer angenommenen optimistischen Geräte-Lebensdauer der „smard grids“ von rund 10 Jahren im Regelfall nicht eingespart werden zu können, geschweige denn für den Kunden ein Gewinn erzielbar zu sein.

Außerdem bescheren die neuen, digitalen Stromzähler erhebliche Probleme bei Datenschutz und Datensicherung. Hierauf weist insbesondere der Artikel „Attacke im Sicherungskasten“ vom 16.9.2010, veröffentlicht in der renommierten deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“, hin. <http://www.zeit.de/2010/38/Smart-Grids-Hacker>.

Meine Frage an Sie lautet:

1. Wie ist dieser kostentreibende Plan der Energie Steiermark, nämlich Stromkunden „intelligente Stromzähler“ zu verordnen, aus der Sicht der Grazerinnen und Grazer als zahlenmäßig größte Gruppe der steirischen Stromkunden zu rechtfertigen und wie können die Stromkunden vor der Gefahr einer wirtschaftlichen Übervorteilung befriedigend geschützt werden?

2. Welche konkreten evidenzbasierten Untersuchungen gibt es, konkret solche, die mit der realen Situation der Stadt Graz korrelieren, um die getätigten Annahmen beziehungsweise Behauptungen der Energie Steiermark zu verifizieren oder zu falsifizieren?
3. Welche konkreten Vorkehrungen werden getroffen, um Datenschutz und Datensicherheit bei Einführung „intelligenter Stromzähler“ („smart grids“) zu gewährleisten? Und in welcher Form soll für heute noch nicht berücksichtigte Gefahren der Manipulation von persönlichen Daten – wie zum Beispiel Abwesenheiten detektieren und abfragen – Vorkehrung getroffen werden?
4. Welche Aktivitäten, um den Stromverbrauch zu beeinflussen, sind angedacht? Warum sind angeblich Eingriffe verbraucherseitig vonnöten und wie sollen diese ggf. für den Kunden befriedigend gestaltet werden?
5. Wie sollen diese Eingriffe in die urpersönliche Sphäre privater Wohnungen gerechtfertigt werden, und wie sollen die Grazer Kunden gegen Manipulation geschützt werden, damit nicht zum Beispiel Unbefugte ein Wohnhaus von außen „abschalten“ können?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Geplante Schließung LKH Hörgas-Enzenbach

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Mariacher**: Und dann habe ich noch eine zweite Bürgermeisteranfrage, die sehr aktuell ist. Die Gesundheitslandesrätin Mag. Edlinger-Ploder plant, das LKH Hörgas-Enzenbach mit seinen beiden Standorten komplett zu schließen. Diese

moderne Krankenanstalt mit einer hochspezialisierten Abteilung für Innere Medizin, etwa zur Behandlung von Diabetes, mit Fachschwerpunkten insbesondere zu Hepatologie und Tropenmedizin, beherbergt auch eine eigene Einheit zur Remobilisation. Das Haus in Enzenbach hat den Schwerpunkt Pulmologie insbesondere dessen onkologische Ausrichtung sowie ein Schlaflabor. Nachdem ein hoher Patientenanteil dieses Hauses aus dem Großraum Graz kommt und dieses Haus über eine moderne Pulmologie, verfügt, die besonders auch im Feinstaub geplagten Graz von großer Bedeutung ist und von Wichtigkeit ist, frage ich Sie, Herr Bürgermeister: Was werden Sie unternehmen, um die Gesundheitslandesrätin von der Bedeutung dieser Anstalt, das LKH Hörgas-Enzenbach, für die Grazer Bevölkerung zu überzeugen und für dessen Erhaltung und Weiterbestand einzutreten?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.